

Fast überall eitel Sonnenschein

Arbeitsmarkt. Dank der hohen Nachfrage nach Arbeitskräften steigt die Beschäftigung und auch die Arbeitslosigkeit geht wieder stärker zurück. Der deutsche Arbeitsmarkt ist allerdings nicht erst neuerdings in hervorragender Verfassung, sondern gedeiht schon seit Jahren.

Die Zahl der Beschäftigten in Deutschland eilt von einem Rekord zum nächsten. Im Mai 2015 waren 42,8 Millionen Menschen erwerbstätig – rund 200.000 mehr als im Mai 2014 und mehr als je zuvor.

Auch die langfristige Bilanz ist beeindruckend: Seit 1994 sind in Deutschland rund fünf Millionen neue Jobs entstanden. Und das Arbeitsvolumen, das jahrzehntelang

gesunken war und im Jahr 2003 mit 55,9 Milliarden Stunden seinen Tiefpunkt erreichte, ist mittlerweile wieder auf 58,5 Milliarden Stunden angewachsen. Während vor den Agenda-Reformen nur die Zahl der Jobs, nicht aber die Zahl der gearbeiteten Stunden zugenommen hatte, wachsen seitdem beide.

Der Hintergrund dieser Entwicklung ist, dass vor allem reguläre, also

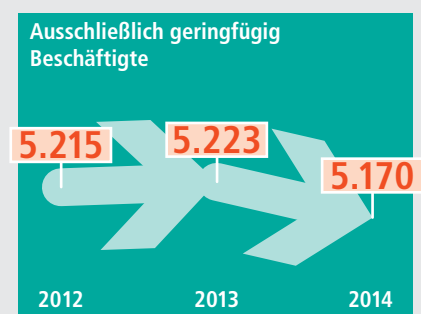
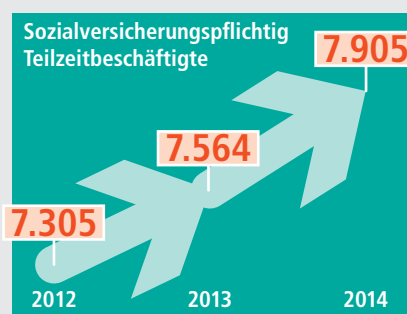
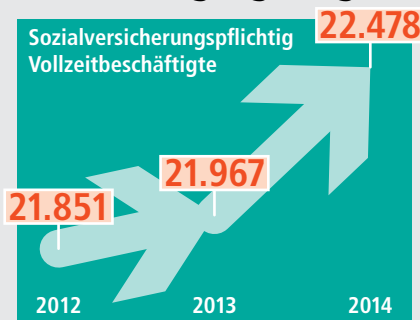
sozialversicherungspflichtige Jobs geschaffen wurden. Deren Zahl ist von Dezember 2005 bis Dezember 2014 um fast vier Millionen gestiegen – und der Trend setzt sich fort. Hinzu kommt (Grafik):

Während die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung – sowohl in Vollzeit als auch in Teilzeit – in den Jahren 2013 und 2014 kräftig zugenommen hat, ist die Zahl der geringfügig Beschäftigten leicht gesunken.

Die Klage, die Agenda-Reformen hätten zwar zu mehr Jobs geführt, diese seien aber von schlechterer Qualität, erweist sich also als →

Die Beschäftigung steigt

in Deutschland in 1.000



Stand: jeweils Dezember; Quelle: Bundesagentur für Arbeit

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwd 32

Inhalt

Kinderbetreuung. Der Anteil der Kleinkinder, die in staatlich geförderten Kitas betreut werden, ist in Westdeutschland weiterhin meist viel niedriger als im Osten.
Seite 3

Wohnungsmarkt. Selbst in lange verschmähten Vierteln der Großstädte sind die Mieten kräftig gestiegen. Die Mietpreisbremse könnte den Wohnraum sogar noch weiter verknappten.
Seite 4-5

Umverteilung. Fast alle Bundesbürger beziehen staatliche Transferleistungen. Finanziert werden diese jedoch vornehmlich aus den Steuern und Abgaben der einkommensstarken Haushalte.
Seite 6-7

Schadstoffe. Die von der EU geforderten Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung könnten die Klimaziele gefährden.
Seite 8

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ unbegründet. Im Jahr 2005 arbeiteten 40,2 Prozent der Menschen im Erwerbsalter in einem Normalarbeitsverhältnis, also einer unbefristeten, abhängigen Vollzeitbeschäftigung außerhalb der Zeitarbeit, 2013 waren es schon 45,5 Prozent.

Die Zunahme der atypischen Beschäftigung von 12,4 auf 14,5 Prozent in diesem Zeitraum ging also keineswegs auf Kosten der Normalarbeitsverhältnisse. Rückläufig war vielmehr der Anteil jener, die gar nicht arbeiten – weil sie beispielsweise arbeitslos, in Frührente oder Hausfrau/-mann waren.

Während die Beschäftigung in Deutschland schon seit Jahren boomt, verläuft der Abbau der Arbeitslosigkeit zäher (Grafik). Im Jahr 2013 ist die Zahl der Arbeitslosen sogar leicht gestiegen, obwohl im selben Jahr fast 250.000 neue Stellen geschaffen wurden. Die Erklärung für dieses Phänomen liegt im steigenden Arbeitskräfteangebot:

Mehr Zuwanderung. Abzüglich der Menschen, die das Land verlassen haben, kamen 2013 fast 440.000 Personen nach Deutschland, davon

Arbeitslose und Unterbeschäftigte

Als arbeitslos zählt in Deutschland, wer sich bei der Arbeitsagentur oder dem Jobcenter meldet, beschäftigungslos ist, eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sucht und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Personen, die eine Maßnahme der Arbeitsagentur durchlaufen, aufgrund von Krankheit kurzfristig arbeitsunfähig sind oder eine vorruhestandsähnliche Regelung in Anspruch nehmen, gelten dagegen als unterbeschäftigt und tauchen nicht in der Arbeitslosenstatistik auf. Diese Konvention ist weder neu noch eine deutsche Erfindung – auch andere Länder machen das so.

allein 189.000 aus Osteuropa und 85.000 aus den südeuropäischen EU-Mitgliedsstaaten.

Gestiegene Erwerbsquote. Im Jahr 2013 hat sich die Erwerbsquote von 76,9 auf 77,4 Prozent erhöht. Das klingt nicht besonders beeindruckend, hat aber große Auswirkungen, denn 0,5 Prozentpunkte bedeuten immerhin fast 270.000 zusätzliche Erwerbspersonen. Insbesondere Ältere sind vermehrt auf dem Arbeitsmarkt aktiv.

Dank des zusätzlichen Angebots an Arbeitskräften konnten im Jahr 2013 neue Stellen entstehen, ohne dass die Arbeitslosigkeit gesunken ist – was allerdings nicht heißt, dass die neuen Stellen ausnahmslos von Zuwanderern und bisher nicht Erwerbstätigen besetzt worden sind.

Im Jahr 2014 ist die Zahl der Arbeitslosen trotz weiterhin hoher Zuwanderung um rund 50.000 gesunken und 2015 wird der Rückgang wohl sogar doppelt so hoch ausfallen.

Ungeachtet dieser Erfolge sind noch nicht alle Probleme gelöst. Das zeigt etwa die Zahl von 3,6 Millionen Unterbeschäftigten, das sind Arbeitslose und jene Menschen, die zwar ohne Job sind, aus verschiedenen Gründen aber nicht in der Statistik auftauchen (Kasten).

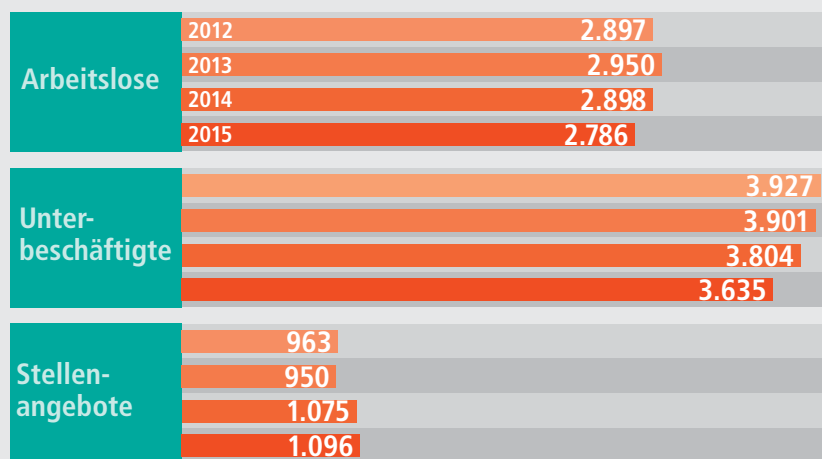
Unbefriedigend ist auch die nach wie vor hohe Langzeitarbeitslosigkeit. Zwar ist die Zahl derer, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, von 1,7 Millionen im Jahr 2007 auf 1,04 Millionen im Juni 2015 gesunken. Doch dieser Rückgang fand ausschließlich bis 2011 statt – seitdem gab es trotz der guten Rahmenbedingungen kaum Fortschritte.

Um auch dieses Problem zu lösen oder zumindest besser angehen zu können, brauchen die zuständigen Ämter vor allem mehr Personal. Viele Jobcenter halten nicht einmal den gesetzlich vorgegebenen Betreuungsschlüssel ein. Um das Konzept des „Fördern und Forderns“ glaubhaft umzusetzen, müssen die Jobcenter aber regelmäßig mit den Arbeitslosen sprechen.

Wenig hilfreich ist jedoch der Vorschlag, Langzeitarbeitslose in einen „sozialen Arbeitsmarkt“ abzuschieben – damit würden sie faktisch in den Staatsdienst übernommen.

Die Arbeitslosigkeit sinkt

in Deutschland in 1.000



Arbeitslose und Unterbeschäftigte: Jahresdurchschnitte; 2015: Stand Juni, saisonbereinigt; Unterbeschäftigte: zum Beispiel Personen, die eine Maßnahme der Arbeitsagentur durchlaufen oder aufgrund einer Krankheit kurzfristig arbeitsunfähig sind; Stellenangebote: offiziell gemeldete und nicht bei den Arbeitsagenturen gemeldete Stellenangebote, jeweils 1. Quartal
 Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Der Staat muss am Ball bleiben

Kinderbetreuung. In Deutschland besucht mittlerweile jedes dritte Kleinkind eine staatlich geförderte Kindertagesstätte. Allerdings sind die Betreuungsquoten in den ostdeutschen und westdeutschen Bundesländern höchst unterschiedlich. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Betreuungsgeld könnte das ändern.

Mitte Juli hat das Bundesverfassungsgericht das vom Bund finanzierte Betreuungsgeld gekippt. Nun müssen die einzelnen Bundesländer entscheiden, ob sie Eltern, die ihre Jüngsten selbst betreuen und nicht in eine staatlich geförderte Kita geben, weiterhin mit 150 Euro monatlich unterstützen wollen oder nicht.

Bayern hat bereits angekündigt, diese Leistung aus dem Landeshaushalt weiterzuzahlen, während Hamburg fordert, das frei werdende Geld in den Ausbau von Krippenplätzen zu stecken.

Das dürfte vielen Eltern entgegenkommen, denn obwohl es seit August 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für Kinder ab dem ersten Lebensjahr gibt, ist der Bedarf an Betreuungsmöglichkeiten noch längst nicht gedeckt (Grafik):

Für die rund zwei Millionen Kinder unter drei Jahren gibt es derzeit nur etwa 700.000 staatlich geförderte Plätze in Kitas und bei Tageseltern.

Zwar hat das Deutsche Jugendinstitut eruiert, dass nur für 42 Prozent der Kinder in dieser Altersklasse tatsächlich Betreuungsbedarf besteht, doch selbst dann fehlen bundesweit rund 150.000 Plätze.

Vor allem die westlichen Bundesländer hinken beim Krippenausbau

Kitaplätze für die Kleinsten

im März 2015

	Zahl der Betreuungseinrichtungen	Betreute Kinder unter drei Jahren	Betreute Kinder in Prozent aller Kinder unter drei Jahren
Sachsen-Anhalt	1.774	29.846	59
Brandenburg	1.842	33.426	58
Mecklenburg-Vorpommern	1.065	21.719	57
Thüringen	1.316	27.956	54
Sachsen	2.894	54.071	52
Berlin	2.355	48.895	48
Hamburg	1.044	23.277	46
Schleswig-Holstein	1.762	21.739	33
Rheinland-Pfalz	2.495	30.444	32
Hessen	4.193	47.932	31
Baden-Württemberg	8.709	79.185	29
Bayern	9.167	92.740	29
Bremen	435	4.712	29
Niedersachsen	4.989	54.607	29
Saarland	482	6.032	29
Nordrhein-Westfalen	9.900	117.957	27
Deutschland	54.422	694.538	34

Betreuungseinrichtungen: nur staatlich geförderte Einrichtungen sowie Tagesmütter und -väter; Kinder unter drei Jahren: Stand 31.12. 2013; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - IwD 32

deutlich hinterher. Neun von zehn Ländern liegen unter dem Bundesdurchschnitt, lediglich der Stadtstaat Hamburg kommt mit einer Betreuungsquote von 46 Prozent auf einen höheren Wert.

Am schlechtesten ist die Betreuungssituation in Nordrhein-Westfalen (27 Prozent) und in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Niedersachsen sowie im Saarland (jeweils 29 Prozent). Obwohl das kinderreichste Bundesland – in NRW lebten Ende 2013 fast 440.000 Kleinkinder – prozentual die wenigsten Betreuungsplätze zur Verfügung stellt, war man dort in der Vergangenheit nicht untätig: Nordrhein-Westfalen steigerte seine Kitapazitäten im vergangenen Jahr immerhin um rund 12 Prozent.

Deutlich besser sieht die Betreuungssituation im Osten aus, dort besuchen im Schnitt 55 Prozent der Ein- bis Dreijährigen eine Kita.

Ähnlich hohe Werte erreichen im Westen außer Hamburg nur zwei Kommunen: Heidelberg hatte 2014 eine Betreuungsquote von 47 Prozent und der bayerische Landkreis Coburg kam auf rund 42 Prozent.

Trotz des Engagements von Ländern und Kommunen wird es sicherlich noch dauern, bis alle Eltern, die für ihr unter dreijähriges Kind einen Krippenplatz suchen, auch einen finden. Falls sich das Bundesfamilienministerium dazu entschließt, das eingesparte Betreuungsgeld in den Ausbau der Kindertagesstätten zu stecken, wäre dies immerhin ein Fortschritt: Mit den 900 Millionen Euro, die der Bund pro Jahr für das Betreuungsgeld ausgegeben hat, ließen sich rund 26.000 zusätzliche Erzieherinnen einstellen (vgl. iwD 20/2015). Denkbar wäre auch, mithilfe der Bundesmittel den qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung voranzutreiben.

Angesagte Kieze, beliebte Veedel

Wohnungsmarkt. In vielen deutschen Städten kommt die Wohnungssuche einem Spießbrutenlauf gleich: Selbst in lange verschmähten Vierteln stehen die Mietinteressenten bei Wohnungsbesichtigungen mittlerweile Schlange. Die Mietpreisbremse soll für bezahlbaren Wohnraum sorgen – doch in besonders beliebten Städten könnte sie stattdessen sogar zu einer Verknappung des Wohnraums führen.

Manchmal liegen zwischen gefühlter Wahrheit und tatsächlicher Wahrheit nur 33 Cent: Der Quadratmeter Wohnfläche in Neukölln, lange hauptstädtischer Problembezirk, kostete zuletzt mit durchschnittlich 9,98 Euro nur geringfügig weniger als in Halensee, einem der zehn teuersten Wohnviertel Berlins am Ende des Ku'damms.

Die deutschen Großstädte sind attraktiv wie lange nicht mehr. Allein Berlin muss jedes Jahr einen Bevölkerungszuwachs von mehr als 40.000 Menschen verkraften. Das Wohnungsangebot kann mit der steigenden Nachfrage jedoch meist nicht mithalten, also steigen die Immobilienpreise. In Berlin haben sich

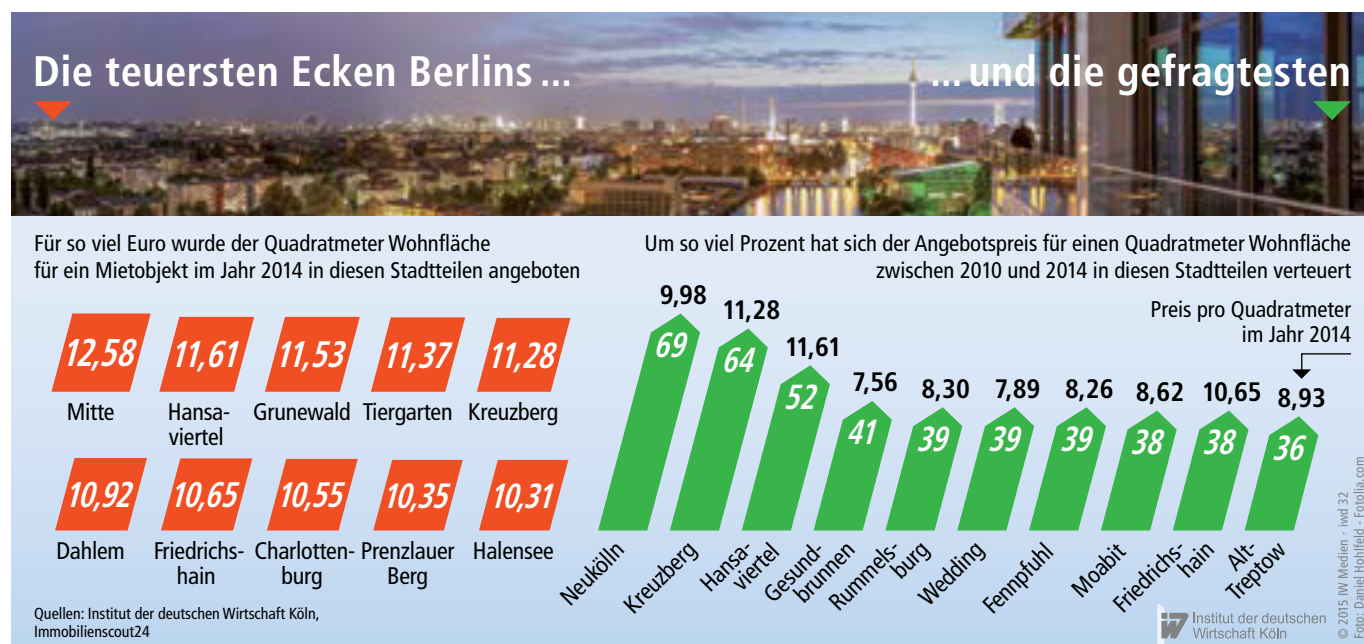
die Mieten für neuvermietete Wohnungen in Mehrfamilienhäusern seit 2007 um 30 Prozent verteuert, in Hamburg um 25 Prozent.

Um Mieter vor übermäßig steigenden Belastungen zu schützen, hat die Große Koalition eine Mietpreisbremse beschlossen. Demnach darf die Wiedervermietungsmiete künftig höchstens 10 Prozent über dem Niveau der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen – ein Wert, der in den Mietspiegeln festgehalten wird. Die Mietpreisbremse gilt seit Anfang Juni, muss aber von den einzelnen Bundesländern in eigene Verordnungen umgesetzt werden, damit sie in Kraft tritt. Berlin hat die Mietpreisbremse als erstes Bundesland

bereits im Juni eingeführt, in Nordrhein-Westfalen ist sie seit dem 1. Juli in 22 Kommunen in Kraft – darunter auch in Köln.

Damit die Mietpreisbremse die erwünschten Wirkungen entfalten kann, sollten die örtlichen Mietspiegel die tatsächliche Marktlage möglichst exakt und zeitnah erfassen. Um dies zu überprüfen, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) die Mietpreisentwicklungen in Köln und Berlin anhand der von Immobilienscout24 ausgewiesenen Angebotsmieten untersucht. Das Ergebnis: Die Mietspiegel hinken der aktuellen Entwicklung auf den Wohnungsmärkten oftmals hinterher. In Berlin zum Beispiel sind viele ehemalige soziale Brennpunktviertel mittlerweile längst angesagte Kieze (Grafik):

In Neukölln, Kreuzberg und dem Hansaviertel sind die Angebotsmieten zwischen 2010 und 2014 um mehr als die Hälfte gestiegen.



Natürlich muss der Preis, zu dem Vermieter ihre Immobilien offerieren, nicht zwangsläufig der Preis sein, der später tatsächlich gezahlt wird. Aufgrund der hohen Nachfrage nach Wohnraum kann man aber davon ausgehen, dass die Angebotsmieten sowohl in Berlin als auch in Köln weitgehend jenen Mieten entsprechen, die später im Mietvertrag stehen.

Was in der Hauptstadt vor sich geht, trifft – wenn auch in nicht ganz so großem Maß – ebenso für manches Kölner Veedel zu (Grafik):

Die größten Mietsteigerungen erlebten Grenberghoven, Westhoven und Ossendorf – hier haben sich die Angebotsmieten binnen vier Jahren um bis zu 27 Prozent erhöht.

Dass die Mieten in Berlin viel stärker gestiegen sind als die in Köln, ist vor allem auf das deutlich geringere Ausgangsniveau der Berliner Mieten im Jahr 2010 zurückzuführen. Ein zweiter wesentlicher Unterschied zwischen Köln und Berlin besteht darin, dass in der Hauptstadt speziell die Mieten in der Innenstadt in die Höhe geschossen sind.

Das ist in Köln anders: Am Rhein verteuerten sich vor allem die Mieten am Rand der Innenstadt sowie auf der rechten Rheinseite. Der Stadtteil Deutz beispielsweise gehört inzwischen zu den teuersten 20 Prozent der Kölner Wohnviertel. Hier wurde der Quadratmeter Wohnfläche im vergangenen Jahr für 10,65 Euro angeboten.

Für beide Städte lässt sich festhalten, dass der Wohnungsmarkt innerhalb von nur wenigen Jahren eine überraschend starke Dynamik entwickelt hat. Sowohl in Berlin als auch in Köln stieg die Attraktivität von deutlich mehr als der Hälfte aller Stadtteile so rasch an, dass sich die Mieten in diesen Vierteln signifikant verteuerten. In der Hauptstadt fand zwischen 2010 und 2014 in elf Stadtteilen sogar ein extrem großer Preissprung statt, in Köln traf dies immerhin noch auf drei Stadtteile zu.

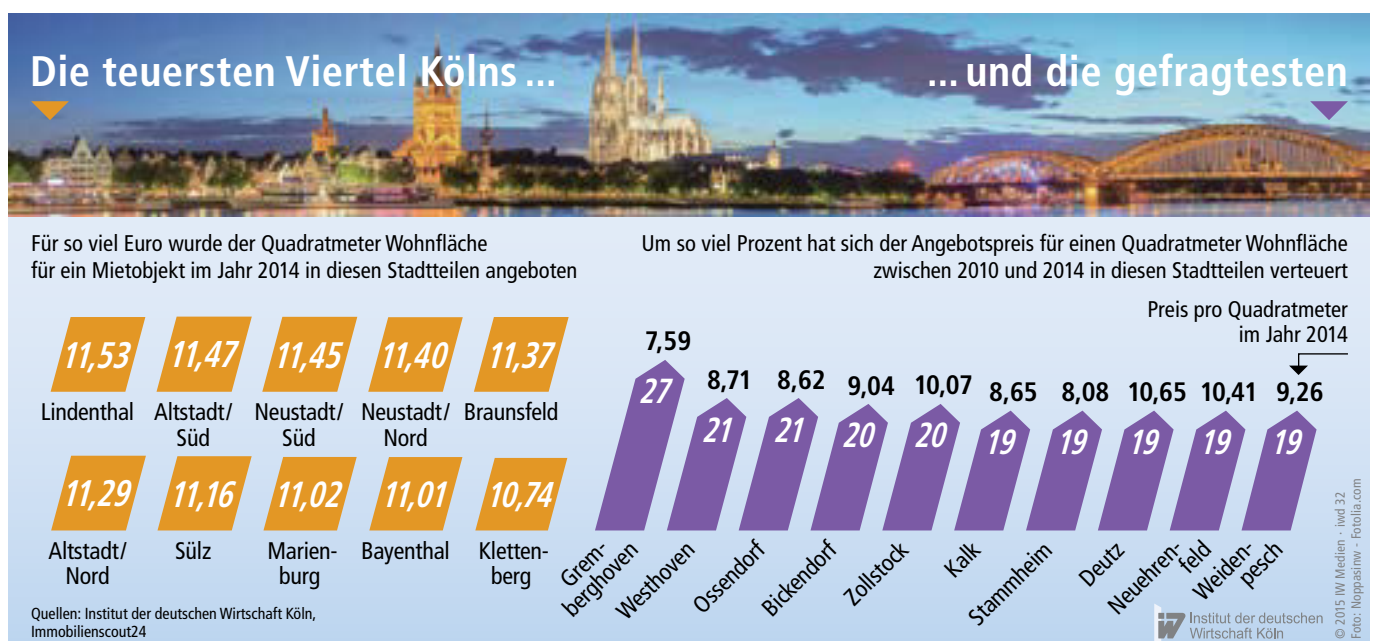
Wenn Vermieter für Wohnungen in gefragten Lagen aufgrund der Mietpreisbremse jedoch nicht den Preis verlangen können, der eigentlich gerechtfertigt wäre, kann dies

den Bestand an Mietwohnungen senken. Für Immobilieneigentümer ist es dann nämlich oftmals lukrativer, ein Mietobjekt als Eigentumswohnung zu verkaufen. Ähnliches gilt für Investoren. Reduzieren sich ihre Renditeerwartungen aufgrund einer Mietpreisbremse, bauen sie lieber Eigentumswohnungen als Mietshäuser.

Um solche Entwicklungen zu verhindern, müssten die Mietspiegel, die von Städten und Gemeinden herausgegeben werden, häufiger aktualisiert werden als bisher. Zurzeit sind die Daten der Vergleichsmieten bis zu vier Jahre alt. Damit die Mietpreisbremse den Wohnungsmarkt nicht völlig ausbremst, sollten die Mietspiegel wenigstens für Städte mit besonders dynamischen Entwicklungen mindestens alle zwei Jahre anhand aktueller Daten neu berechnet werden.

Vgl. IW policy paper 21/2015 unter: iwkoeln.de/mieten

Interaktive Karten zum Mietmarkt in Berlin und Köln gibt es unter: iwkoeln.de/mieten_karten



Viel haben, viel zahlen

Umverteilung. Nahezu alle Bundesbürger kommen in den Genuss staatlicher Transferzahlungen – egal, ob sie viel oder wenig besitzen. Finanziert werden die Sozialleistungen jedoch vornehmlich aus den Steuern und Abgaben der einkommensstarken Haushalte.

Im Jahr 2014 gab der deutsche Staat rund 849 Milliarden Euro für soziale Leistungen aus, wie kürzlich aus dem Sozialministerium bekannt wurde – das waren 3,8 Prozent mehr als im Jahr davor.

Nicht alle Transfers wandern allerdings direkt in die Geldbeutel der Bürger. Insbesondere bei den Leistungen im Gesundheitsbereich – gut 200 Milliarden Euro – handelt es sich vorwiegend um Sachleistungen, angefangen von den ärztlichen Behandlungen bis hin zu Kuren.

Die meisten Leistungen landen laut Sozio-ökonomischem Panel aber sehr wohl im Portemonnaie des

Bürgers: Demnach erhielt ein Durchschnittshaushalt 2012 Sozialleistungen von rund 820 Euro im Monat.

Der weitaus größte Posten sind hier mit mehr als drei Vierteln die gesetzlichen Renten und die Pensionen für ehemalige Beamte. Weil sich diese Zahlungen eng an das frühere Einkommen anlehnen, gehen diese (Versicherungs-)Leistungen nicht nur an Haushalte, die am unteren Ende der Einkommenspyramide angesiedelt sind.

Ehemalige Hartz-IV-Empfänger dagegen müssen sich auch im Alter oftmals mit einer Grundsicherung bescheiden.

Die staatlichen Geldtransfers sind in den unteren Einkommensgruppen ein wesentlicher Bestandteil des Haushaltseinkommens (Grafik). Dies zeigt, dass die Gesellschaft den schlechtergestellten Mitbürgern kräftig unter die Arme greift:

In Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 1.000 bis 1.500 Euro sind davon im Durchschnitt 804 Euro Transferzahlungen.

In den oberen Einkommensgruppen fallen die Sozialleistungen erwartungsgemäß geringer aus – aber auch hier fließen staatliche Gelder. Ein Haushalt, der 7.000 bis 10.000 Euro im Monat zur Verfügung hat, bekommt immerhin im Durchschnitt 625 Euro zugeschossen. Neben den Renten- und Pensionszahlungen macht sich hier beispielsweise das Kindergeld bemerkbar.

Dass die staatlichen Geldtransfers mit zunehmendem Einkommen aber nicht in den Himmel wachsen, ist unter anderem den Beitragsbemessungsgrenzen in der Rentenversicherung geschuldet. Denn sie deckeln die Beitragszahlungen und damit letztlich auch die Rentenansprüche.

Am gesamten Haushaltsnettoeinkommen gemessen, machen deshalb die Transfers in unteren Einkommensgruppen eindeutig den größten Anteil aus, in den anderen Gruppen gehen sie peu à peu zurück:

Muss ein Haushalt mit einem Nettoeinkommen von 750 Euro im Monat auskommen, besteht dieses im Durchschnitt zu rund drei Vierteln aus staatlichen Transferzahlungen.

Bei den Gutverdienern mit einem Einkommen von 8.000 Euro beträgt der Transferanteil verständlicherweise

Die staatliche Umverteilung

Lesebeispiel: Bundesbürger mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 1.500 bis 2.000 Euro erhielten 2012 im Durchschnitt jeden Monat 889 Euro an staatlichen Geldtransfers und zahlten Abgaben in Höhe von 380 Euro.

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen	in Euro		Umverteilungssaldo
	Staatliche Geldtransfers	Abgaben	
Unter 1.000	533	-56	476
1.000 – 1.500	804	-193	610
1.500 – 2.000	889	-380	509
2.000 – 2.500	970	-561	410
2.500 – 3.000	948	-758	190
3.000 – 3.500	842	-984	-142
3.500 – 4.000	838	-1.263	-424
4.000 – 4.500	773	-1.552	-779
4.500 – 5.000	843	-1.829	-986
5.000 – 6.000	760	-2.193	-1.434
6.000 – 7.000	651	-2.772	-2.120
7.000 – 10.000	625	-3.782	-3.156
Mehr als 10.000	625	-8.470	-7.845

Geldtransfers: zum Beispiel gesetzliche Renten, Pensionen, Kindergeld, Arbeitslosengeld II, Wohngeld; Abgaben: zum Beispiel Einkommenssteuer und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung; Quelle: Sozio-ökonomisches Panel

se im Durchschnitt lediglich ungefähr 5 Prozent.

Die staatliche Umverteilung wird jedoch nicht nur auf der Ausgabenseite sichtbar, sondern auch auf der Einnahmenseite des Staates, sprich bei den Steuern und Sozialabgaben. Hier gilt die Faustformel: Je höher das Haushaltsnettoeinkommen, desto mehr muss an den Staat abgeführt werden. Dafür sorgt der progressive Einkommenssteuertarif.

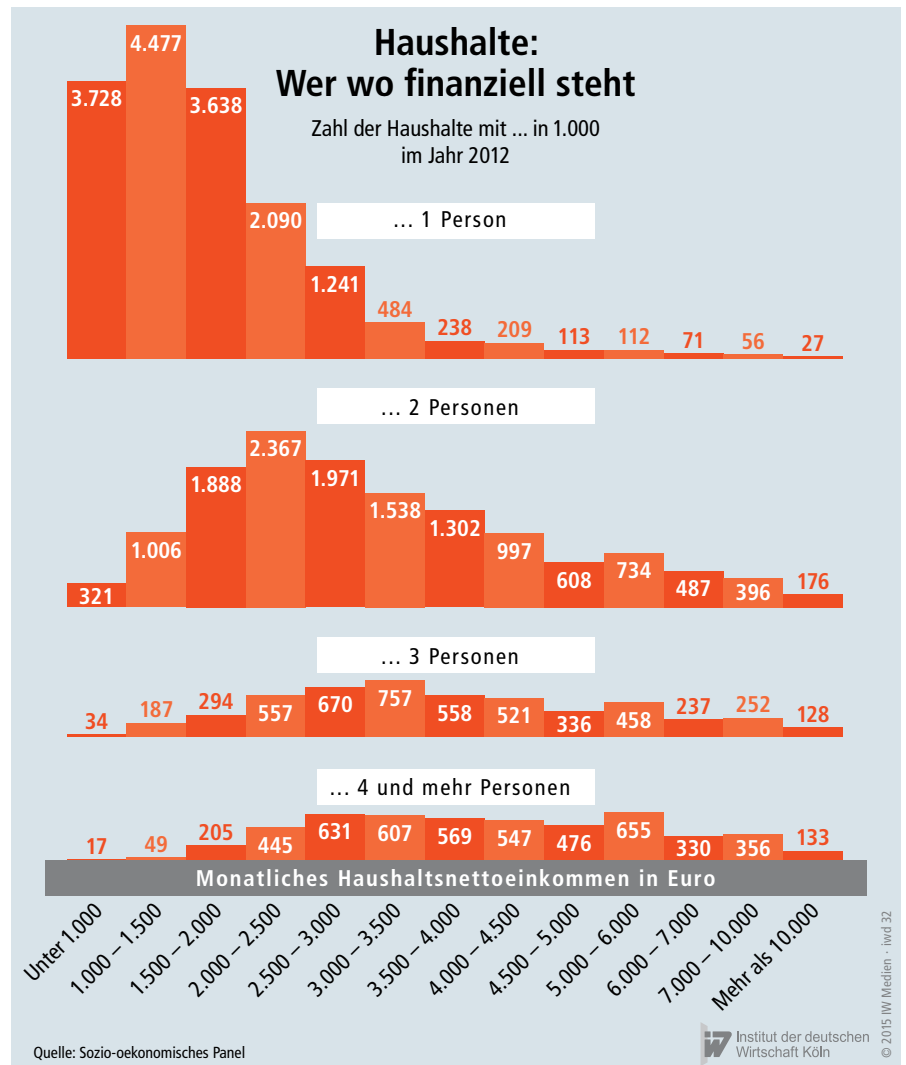
Wie stark der Staat letztlich umverteilt, lässt sich am Umverteilungssaldo ablesen. Dazu werden für jede Einkommensgruppe die staatlichen Geldtransfers mit den Abgaben verrechnet. Erwartungsgemäß ergibt sich für die unteren Einkommensgruppen ein positiver Umverteilungssaldo, da sie einerseits stärker von staatlichen Transfers profitieren und andererseits wenig zu deren Finanzierung beitragen.

Bis zu einem monatlichen Nettoeinkommen von 3.000 Euro sind die Haushalte im Durchschnitt Nettotransferempfänger.

Der Mittel- und Oberschicht dagegen nimmt der Staat über Steuern und Abgaben mehr Geld ab, als er ihnen auf Umwegen zurückerstattet.

Wie hoch Transfers und Abgaben im Einzelfall sind und wer tatsächlich durch die staatlichen Eingriffe verliert oder gewinnt, hängt auch von den Haushaltseigenschaften ab. In die Pflicht genommen werden eindeutig erwerbstätige Paare ohne Kinder. Ihre durchschnittlichen Bruttoeinkommen und ihre Abgaben sind vergleichsweise hoch, sie profitieren aber kaum von Transfers.

Seniorenhaushalte sind dagegen in der Regel Nettotransferempfänger. Sie müssen einerseits nur geringe Abgaben leisten und beziehen andererseits Renten, die in der amtlichen



Systematik zu den Sozialleistungen gehören, obwohl sie von früheren Beitragszahlungen abhängen.

Haushalte, die kein Einkommen beziehen, aber Leistungen wie etwa Hartz IV bekommen, sind ebenfalls eindeutig Nettotransferempfänger.

Dass die staatliche Umverteilung die Armut in Deutschland wirksam bekämpft, zeigt eine weitere Auflistung. Demnach verfügt mehr als die Hälfte der 40 Millionen Haushalte über ein monatliches Nettoeinkommen von 1.000 bis 3.000 Euro.

Weniger als 1.000 Euro haben dagegen nur 10 Prozent der Haushalte, darunter überwiegend Singles.

Familien mit Kindern gehören gemessen am Haushaltsnettoeinkommen zumeist in die mittleren

Einkommensbereiche (Grafik). Wenn man überdies berücksichtigt, dass größere Haushalte bestimmte Haushaltsgeräte – wie Fernseher und Waschmaschine – oder Autos nur einmal anschaffen müssen, dann hat eine Familie mit zwei Kindern und einem Nettoeinkommen von 4.000 Euro letztlich mehr Geld zur Verfügung als vier Singles mit jeweils 1.000 Euro Haushaltseinkommen.

Und die Hälfte der fünf Millionen Familien mit vier und mehr Personen hat monatlich mehr als 4.000 Euro zum Ausgeben. Dies zeigt, dass Familien überdurchschnittlich oft zur Mittelschicht gehören.

Vgl. interaktive Grafiken unter:
iwkoeln.de/einkommensverteilung

Die Luft wird dünner

Schadstoffe. In zahlreichen deutschen Städten sind zu viele Stickoxide in der Luft. Deshalb fordert die EU strengere Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung – und könnte damit die Umsetzung der eigenen Klimaziele gefährden.

Nach neuen Erkenntnissen ist die Feinstaubbelastung in Deutschland kein weit verbreitetes Problem mehr, nur noch wenige Städte überschreiten die Grenzwerte. Ganz anders sieht es dagegen beim Stickstoffdioxid (NO₂) aus (Grafik):

In mehr als 30 deutschen Städten und Ballungsräumen wurde 2014 der erlaubte Jahresmittelwert der NO₂-Belastung von 40 Mikrogramm überschritten – am stärksten in Stuttgart.

Zwar hat die Belastung mit Stickoxiden und Feinstaub in den vergangenen Jahren insgesamt abgenommen, dennoch werden an manchen Messstationen – meist an vielbefahrenen Straßenschluchten – die gesetzlichen Vorgaben nicht eingehalten.

Das liegt vor allem am Schadstoffausstoß von Dieselmotoren, wie sie in Pkws, Bussen und Lkws eingesetzt werden.

Um das Problem in den Griff zu bekommen, werden verschiedene Alternativen getestet. Die Bundesanstalt für Straßenwesen etwa erforscht einen Zusatz für Beton, der NO₂ bei Kontakt neutralisiert und so die Luft sauber hält.

Bis diese Technologie einsatzbereit ist, dauert es allerdings noch. Deshalb versucht man aktuell eher, den NO₂-Ausstoß der Fahrzeuge selbst zu verringern. Das soll ab September die Euro-6-Norm für Neuzulassungen regeln: Sie schreibt niedrigere Stickoxidemissionen für Pkws vor. Eine andere Möglichkeit ist, sauberere Pkws durch niedrigere Kfz-Steuerklassen zu fördern und so die Nachfrage nach diesen Fahrzeugen anzukurbeln.

Da die NO₂-Grenzwerte in vielen deutschen Städten überschritten werden, hat die EU die Bundesregierung abgemahnt und mit Strafzahlungen gedroht. Gleichzeitig deutet die EU aber auch alternative Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung an: höhere Kraftstoffsteuern auf Dieselfahrzeuge und ein absolutes Fahrverbot in belasteten Städten.

Den Klimazielen würde diese Strategie allerdings nicht dienen,

Schadstoffbelastung in Deutschland

Städte mit der höchsten Stickstoffdioxidbelastung im Jahresmittel 2014

Wert in Mikrogramm pro Kubikmeter Luft

Stuttgart	89
München	83
Reutlingen	71
Heilbronn	65
Düren	64
Kiel	64
Köln	63
Limburg	63
Berlin	62
Freiburg	62
Hamburg	62

Feinstaubbelastung in Deutschland

In diesen Städten wurde 2014 an mehr als 35 Tagen der festgesetzte Grenzwert für Feinstaub überschritten

An so vielen Tagen lag die Feinstaubbelastung über 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft

Stuttgart	64
Berlin	48
Frankfurt (Oder)	45
Leipzig	43
Halle (Saale)	41
Chemnitz	36
Dresden	36
Mühlhausen	36

Quelle: Umweltbundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Iwd 32

Adressaufkleber

denn Dieselfahrzeuge schneiden in der CO₂-Bilanz besser ab als viele Benziner: Ein neuer Benziner der Golfklasse kommt im Durchschnitt auf 132 Gramm CO₂/km – ein Diesel nur auf 114 Gramm CO₂/km. Dabei gilt: je größer ein Auto, desto größer der Vorsprung des Diesels in der CO₂-Bilanz.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedemann, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

IW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.